



Frankfurt den 29. März 2025

Resolution der IG Metall Bundeshandwerkskonferenz und der Arbeitnehmervizepräsident*innen der Handwerkskammern in der IG Metall: Kommende Koalition muss dem Handwerk mit einem starken sozialpartnerschaftlichen Zukunftsdialog den Rücken stärken

Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem umfassenden Wandel. Zu keiner Zeit waren das Ausmaß und die Geschwindigkeit sich verändernder Rahmenbedingungen herausfordernder. Der Wandel der Industrie mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen braucht eine bessere Infrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen.

Dies betrifft auch das Handwerk, das vielfach eng mit der Industrie verflochten ist: Angefangen beim Zulieferer, über den Elektrohandwerksbetrieb, der für die nötige betriebliche Infrastruktur in Industriebetrieben sorgt. Aber auch KFZ-Handwerk, Heizungsbauer, Tischler, und Schlosser, bis hin Bäcker oder Friseur im Einzugsbereich großer Industriebetriebe.

Es gilt, die Zukunftsfähigkeit von Handwerksbetrieben zu sichern. Dazu gehört, insbesondere auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, Fachkräfte für das Handwerk zu begeistern und sie im Handwerk zu halten. Die Politik muss jetzt verlässliche Rahmenbedingungen für die rund eine Million Handwerksbetriebe mit ihren 5,6 Millionen Beschäftigten und 360.000 Auszubildenden schaffen. Rund zwei Millionen davon arbeiten in Handwerksbetrieben im Zuständigkeitsbereich der IG Metall.

Die IG Metall ist in diesen Zeiten ein starker und verlässlicher Akteur. Gemeinsam mit den Handwerksverbänden und der Politik haben wir schon oft bewiesen, dass wir auch in schwierigen Zeiten gute Lösungen finden können.

Die Herausforderungen der Energiewende, nachhaltiges Wirtschaften, die fortschreitende Digitalisierung, attraktive Ausbildungsbedingungen, Stärkung der Mitbestimmung und Tarifbindung, die Fachkräftesicherung und die Stärkung der handwerklichen Selbstverwaltung sind zentrale Zukunftsthemen des Handwerks und müssen von einer zukünftigen Koalition unverzüglich angegangen werden.

Die Gewerkschaften und Mitglieder der selbstverwalteten Handwerksorganisationen gestalten diese Entwicklung aktiv und erkennen sie als Chance zur Zukunftssicherung des Handwerks.

Die Etablierung eines Zukunftsdialoges Handwerk auch in der kommenden Legislaturperiode bildet den Rahmen für einen offenen, ambitionierten und partnerschaftlichen Austausch zwischen Politik, Handwerksorganisationen und Gewerkschaften.

Gemeinsam und auf allen Ebenen der Handwerksbranchen und Handwerksorganisation müssen in den Kernbereichen der Transformation im gemeinsamen sozialpartnerschaftlichen Diskurs die aktuellen Herausforderungen der Transformation beleuchtet, Zielmarken definiert und praxisgerechte Maßnahmen entwickelt werden.

Deutschland ist auf aktiver demokratischer Beteiligung und Sozialpartnerschaft gegründet. Die IG Metall fordert eine Stärkung der Mitbestimmung, Tarifbindung und der Sozialpartnerschaft im Handwerk sowie der demokratischen Selbstverwaltung, um somit auch Arbeitnehmerinteressen im Handwerk weiter voran bringen zu können.

Der Zukunftsdialog Handwerk muss schnellstmöglich gestartet werden. Der Dialogprozess soll dabei insbesondere auch vor Ort in den Regionen geführt werden. Transformation muss vor Ort gestaltet werden. Das muss demokratisch und sozialpartnerschaftlich passieren!